

Stadt & Region



Ideen zur Verbesserung des ÖPNV gesammelt

Geislingen. Vertreter von Fahrgastbeirat und STeIGle überreichen OB Frank Dehmer ein 9-Euro-Ticket. Dabei machen sie Verbesserungsvorschläge für den ÖPNV.

Geislingen und Kreis Seite 15

Allgäuer: Skepsis bei den Mitarbeitern

Göppingen. Allgäuer sieht sich nach dem Verkauf an die chinesische Westron Group gestärkt. Die Euphorie mancher Mitarbeiter hält sich jedoch in Grenzen.

Geislingen und Kreis Seite 17

Kuchens Landfrauen backen nicht nur Kuchen

Kuchen. Seit 75 Jahren gibt es schon die Landfrauen in Kuchen. Damals wie heute spielt die Gemeinschaft eine große Rolle. Aber die Landfrauen backen nicht nur Kuchen.

Alb und Fils Seite 23



Jennifer Röcker, Birgit Bayer und Rosemarie Clement feiern das Jubiläum.



Alle News zu jeder Zeit gibt es auf dem Nachrichtenportal **swp.de** und den sozialen Kanälen **Facebook** und **Instagram**. Der Südwesten auf einen Blick – schnell, informativ und unterhaltsam.

Das Wetter

im Südwesten



So erreichen Sie uns:

Kleinanzeigen: 07331 202-22
 gz.kleinanzeigen@swp.de
Abo-Service 07331 202-31
 geislinger-zeitung.vertrieb@swp.de
Geschäftsanzeigen 07331 202-80
 geislinger-zeitung.anzeigen@swp.de
Redaktion 07331 202-42
 geislinger-zeitung.redaktion@swp.de
Zentrale 07331 202-0

73302 Geislingen / Steige,
Postfach 1254
Nummer 153 · 172. Jahrgang · E 3158



Den Titel im Blick

Die Zeit der Serien-Siege ist für das Frauen-Nationalteam lange vorbei, die Konkurrenz riesig. Alles zur Fußball-EM auf einer Sonderseite.

Sport

FOTO: SEBASTIAN GOLLNOW/DPA

Kommentar
Guido Bohsem
 zum Botschafter der Ukraine



Zerschlagenes Porzellan

An Andrij Melnyk scheiden sich die Geister. Nie zuvor hat die Bundesrepublik einen Botschafter erlebt, der auf so viel Zustimmung und Ablehnung zugleich stieß. In der Regel muss man Diplomaten regelrecht zu öffentlichen Aussagen zwingen, die nicht freundlich, ausgewogen und neutral sind. Kritik klingt allenfalls zwischen den Zeilen an. Berufshere für Botschafter ist es, als Gesandter besonders geschickt vorzugehen, und gelingt in der Regel mit Zurückhaltung.

Nicht so Melnyk. Der ging den Bundespräsidenten seines Gastlandes massiv ob seiner Russland-Kontakte an. Den Regierungschef bezeichnete er als „beleidigte Leberwurst“. Immer wieder ging er mit Aussagen über fehlende Waffenlieferungen an die Presse und stellte die Regierung als unfähig oder unwillig dar, ihre Zusagen einzuhalten. Melnyk hat damit viel erreicht, und er hat damit sehr viel Porzellan zerdeppert. In der deutschen Regierung suchten zuletzt nicht mehr viele das Gespräch mit ihm. Falls sich seine Abberufung bestätigt, könnte das eine Folge dieser Verstimmung sein – oder zumindest der Erkenntnis in Kiew, dass nun ein neuer, diplomatischerer Anlauf notwendig ist.

Melnyk vor Abberufung

Diplomat Umstrittener ukrainischer Botschafter soll wohl nach Kiew.

Berlin. Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Andrij Melnyk, soll laut Medienberichten abberufen werden und im Herbst ins Außenministerium nach Kiew wechseln. Der 46-Jährige ist in Deutschland durch Kritik an der Ukraine-Politik der Bundesregierung bekannt. Zuletzt geriet er unter Druck, da er den ukrainischen Nationalistenführer Stepan Bandera (1909-1959) in Schutz nahm. Es gebe keine Belege, dass Bandera für Massenmorde unter anderem an Juden verantwortlich sei, hatte Melnyk geäußert. **dpa**
Kommentar

Bürger für Mehrausgaben bei Krankenhäusern und Schulen

BaWü-Check Die Menschen im Südwesten sind für Zusatzinvestitionen des Landes. Gespart werden soll bei großen Bauprojekten – und der Bürokratie. *Von Roland Muschel*

Die große Mehrheit der Baden-Württemberger fordert von der grün-schwarzen Landesregierung in vielen Bereichen Mehrausgaben. Ganz oben auf der Anforderungsliste der Bürgerinnen und Bürger stehen dabei Gesundheitseinrichtungen und Schulen. Das geht aus der neuesten Ausgabe des BaWü-Check hervor, einer gemeinsamen Umfrage der baden-württembergischen Tageszeitungen. Demnach halten 94 Prozent der Befragten stärkere Investitionen des Landes in Ge-

sundheitseinrichtungen wie Krankenhäuser oder Sozialstationen für notwendig. 91 Prozent wünschen sich zusätzliche Mittel für die Ausstattung von Schulen, 80 Prozent für den Ausbau von Straßen und Bahnstrecken.

Jeweils drei Viertel dringen auf höhere Ausgaben für die Ausstattung der Polizei, für die Förderung von Forschungsvorhaben sowie für Maßnahmen zum Umwelt- und Klimaschutz.

Dagegen versucht Ministerpräsident Winfried Kretschmann die Bürger seit Wochen darauf einzustimmen, dass die Verteilungsspielräume im anstehenden Doppeljahr des Landes für 2023 und 2024 infolge der weltweiten Krisen kleiner werden. Er könne kein Geld herbeizaubern, sagte Kretschmann noch vor Veröffentlichung der Umfrage. „Ich habe keinen Geldscheißer im Staatsministerium wie im berühmten Märchen.“

Die Bevölkerung sieht indes nur wenige Bereiche mit Einsparpotenzial. Immerhin 78 Prozent der Befragten glauben, dass Baden-Württemberg bei großen Bauprojekten Geld einsparen könnte. Bei Kultureinrichtungen wie Theater und Museen können sich 63 Prozent Kürzungen vorstellen.

Großer Unmut herrscht über die Vielzahl an staatlichen Regelungen. So sind 83 Prozent der Baden-Württemberger überzeugt, dass es in Deutschland zu viel Bürokratie gibt. **Südwestumschau**



Polizei blockiert Rassismus-Studie

Sicherheit Personalrat legt Veto gegen Fragebogen ein. Kretschmann will intervenieren.

Stuttgart. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) will das überraschende Veto der Polizei im Südwesten gegen die bundesweite Studie zu „Motivation, Einstellung und Gewalt im Alltag“ von Polizisten nicht einfach hinnehmen. Klar sei: „Wir wollen, dass diese Studie gemacht wird“, sagte Kretschmann am Dienstag. Er wolle jetzt klären

lassen, ob der Hauptpersonalrat der Polizei wirklich die Möglichkeit habe, die Teilnahme der Beschäftigten der Polizei an der Studie zu blockieren. „Das kann ich mir nicht vorstellen“, sagte Kretschmann.

Der Hauptpersonalrat hat sich dagegen ausgesprochen, dass ein Online-Fragebogen der Deutschen Polizeihochschule an die Dienststellen verteilt

wird. Eine Sprecherin des Innenministeriums bestätigte entsprechende Informationen der „Stuttgarter Zeitung“. In fast allen anderen Bundesländern ist die vom Bund initiierte Befragung schon abgeschlossen – nur in Hamburg hat sich ebenfalls der Hauptpersonalrat dagegen entschieden.

Die Studie geht auf den früheren Bundesinnenminister

Horst Seehofer (CSU) zurück, der damit auf Forderungen reagierte, mögliche Tendenzen von Rassismus oder rechtsextremen Einstellungen in der Polizei wissenschaftlich zu untersuchen. Die Untersuchung wurde dann aber deutlich breiter angelegt. Alle Innenminister der Länder unterstützen das Forschungsprojekt. **dpa**
Südwestumschau

Immer der Nase nach

Gegensätze ziehen sich an, heißt es. Für Partnerschaften bedeutet das, dass sich der stumme Langeweiler mit der brillanten Plaudertasche bestens verstehen kann. Genauso gibt es natürlich die umgekehrten Fälle. Außerdem: Klein und dick harmonisiert oft wunderbar mit groß und dünn. Und preußische Herkunft passt eigentlich ganz gut zu bayerischer – von den Sprachproblemen mal abgesehen. Auch in Freundeskreisen bietet eine gute Durchmischung die beste Voraussetzung dafür, dass man zusammen viel Spaß hat.

Umso erstaunlicher ist, dass israelische Gehirnforscher jetzt herausgefunden haben, dass „Gleich und gleich gesellt sich gern“ offenbar wesentlich häufiger vorkommt als das Gegenteil. Um das zu beweisen, unterzogen Wissenschaftler vom Weizman Institute of Science in Tel Aviv 20 nicht-romantische Freundespaare einem Riechtest. Und siehe da: Besonders gut leiden mag man offenbar diejenigen, die einen ähnlichen Geruch ausströmen wie man selbst.



FOTO: CHRISTIN KLOSE/DPA

Rücktritte Schwerer Schlag für Johnson

London. Begleitet von scharfer Kritik am britischen Premierminister Boris Johnson haben Finanzminister Rishi Sunak und Gesundheitsminister Sajid Javid ihre Ämter niedergelegt. Unter Johnsons Führung werde die Konservative Partei nicht mehr als wertgeleitet angesehen, schrieb Javid. Johnson steht wegen illegaler Corona-Partys unter Druck, zudem wird dem parlamentarischen Geschäftsführer seiner Partei sexuelle Belästigung vorgeworfen. **dpa**

Migration Schleuser gestoppt

Calais. Die Polizei in Nordfrankreich hat mehrere illegale Versuche von Migranten zur Überfahrt per Boot nach Großbritannien gestoppt. Außerdem wurden 48 Menschen aus Seenot gerettet. Vor einer Woche hatte die französische Polizei 15 mutmaßliche Schleuser festgenommen, die mit dem Tod von 27 Migranten beim Untergang ihres Boots vor sieben Monaten zu tun haben sollen. Sie sollen einem afghanischen Schleusernetzwerk angehören. **dpa**